

Gelegentlich schenkt uns die Geschichte erklärende Momente, in denen Zusammenhänge grell beleuchtet werden. So verhält es sich mit den Krisen im Golf von Mexiko und bei Finanzen und Banken. Was beide verbindet, ist ein Krisenkapitalismus, der von einer Katastrophe in die nächste taumelt.
Kommentar des Tages-Anzeigers aus Zürich

Eimsbüttler

Juni 2010

Zeitung der DKP Hamburg-West

www.dkp-hamburg.de

Ich schwöre Gerechtigkeit zu üben gegen jedermann ...“ (Amts-Eid Kanzlerin Merkel)

DAS NENNT IHR GERECHT?

Die Kanzlerin findet die Kürzungen zur Sanierung der Staatsfinanzen „sozial ausgewogen“. Aber soviel soziale Ausgewogenheit ist sogar den eigenen Parteiliebenden nicht geheuer. Kurt Lauck, Chef des CDU-Wirtschaftsrates, bat geradezu darum, dass sich „auch Besserverdienende mit höheren Steuern an der Sanierung der Staatsfinanzen beteiligen sollten.“ Bundestagspräsident Norbert Lammert, laut Abendblatt „auch nicht gerade ein von Sozialneid zerfressener Revolutionär“, fordert ebenso wie Klaus Kubicki, Chef der schleswig-holsteinischen Steuersenkungspartei FDP, dass nun auch Spitzenverdiener ==> 2

INHALT

Seite 1 + 2
Gerecht?

Seite 3
AKW

Seite 4
Hoheluft
Steuerbetrüger

Seite 5
Aygül Özkan

Seite 6
Schulreform

Seite 7
Israel-Schande

Seite 8
Köhler



Fortsetzung von Seite 1 Das nennt ihr gerecht?

ihren Beitrag leisten müssen. Nicht so Angela Merkel. Die Kanzlerin hat offenbar im Urlaub die Biographie der Margaret Thatcher gelesen und gefällt sich nun in der Rolle der „Eisernen Lady“.

Reiche verschonen – Sozialstaat und Arbeit ruinieren.

- So will sie allen Hartz4-Eltern das Elterngeld streichen, es aber Vermögenden belassen.
- Will allen gering verdienenden Männern und Frauen, die auf Wohngeld angewiesen sind, den Heizkostenzuschuss nehmen, der wegen der hohen Energiepreise erst im letzten Jahr eingeführt wurde.
- Will Arbeitslosen den Überbrückungszuschlag (80 bis 160 Euro) streichen, wenn sie nach Ablauf der Bezugszeit auf Hartz-4 abstürzen.
- Will – schäbiger geht`s nicht - den Hartz4-Empfängern den Zuschuss zur Rentenversicherung (2 Euro monatlich) nehmen.
- Will berufstätigen Eltern ab 1240 Euro das Elterngeld kürzen.

Aber das alles ist nur die Hälfte des Skandals. Die andere Hälfte ist das, was nicht beschlossen wurde.

Großverdiener, Vermögende und reiche Erben tragen keinen Cent zum Sparpaket bei.

Dazu muss man wissen, dass

- Einkommensmillionäre einen der niedrigsten Spitzensteuersätze in Europa zahlen.
- Erben von Millionenvermögen mit den absolut niedrigsten Erbschaftssteuern in Europa belastet werden.
- Steuerbetrüger straffrei bleiben, wenn sie nur schnell genug Selbstanzeige erstatten.
- Und großzügig verzichtet der Staat auf die Erhebung von Körperschafts- und Vermögenssteuern, die erst in den letzten Jahren gestrichen bzw. um zig-Milliarden verkürzt worden sind.

Wie einfach wäre es, würden in Deutschland Unternehmer und Vermögende so besteuert, wie im Durchschnitt der OECD-Länder.**Damit kämen jährlich 75 Milliarden Euro mehr in die Staatskasse.**

Dann wären nicht nur soziale Streichorgien überflüssig. Es könnten auch gute Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, zeitgemäße Nahverkehrssysteme, bezahlbarer Wohnraum und sinnvolle Arbeit finanziert werden. Stattdessen drohen durch die massiven Streichungen die Schwächung von Binnennachfrage und Wachstum. Insbesondere durch die Kürzungen im Sozialbereich, wo jeder Euro direkt in die Nachfrage fließt.

Auch für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft stellt das Sparprogramm Gift dar.

Wissenschaftler und Gewerkschaften warnen längst: Wenn die größte Volkswirtschaft gemeinsam mit vielen anderen europäischen Ländern drastisch die Ausgaben senkt, verstärkt sich die Gefahr einer dauerhaften Rezession in Europa.

Die Regierung Merkel/ Westerwelle ist dabei, nicht allein den bereits von Rot-Grün schwer demolierten Sozialstaat weiter zu zertrümmern, sondern auch Wirtschaft und Arbeit an den Rand des Abgrunds zu steuern.

„ Ich schwöre Gerechtigkeit zu üben gegen jedermann.“ (Amtseid der Kanzlerin).
Sie haben einen Meineid geschworen, Frau Merkel!



Karikatur: Reinhard Alf

IMPRESSUM:

Eimsbüttler Rot

Zeitung der Gruppe HH-West

v.i.S.d.P.: Oskar Matthießen

Lindenallee 72, 20259 HH

AKW-Laufzeiten verdoppeln? - Sind wir denn blöd?

Geht es nach „Christdemokraten“ wie Koch, Kauder oder Seehofer - Kanzlerin Merkel weiss noch nicht so recht - , wird die Laufzeit von Kernkraftwerken demnächst verdoppelt. Die AKW-Betreiber sind dann auch bereit, ein paar Milliarden Euro in die leeren Staatskassen zu legen. Die angebliche „Brückentechnologie“ bekommt dann Ewigkeitsgarantie. Der Atomausstieg verschiebt sich auf den Sankt Nimmerleinstag. Und Verdoppelung der Laufzeiten bedeutet dann auch Verdoppelung des Atommülls, für den es bis heute keine Lösung gibt.

Zur Sicherung der Superprofite der vier großen Energiekonzerne (Kernkraftwerke gelten Fachleuten als Gelddruckmaschinen) ist Schwarz-Gelb bereit, unser aller Sicherheit aufs Spiel zu setzen. Man muss wissen: Alle Atomkraftwerke, die jetzt zur Abschaltung anstehen, haben jedes für sich im Schnitt 400 Störfälle hinter sich. Verdoppelung der Laufzeiten heißt darum auch mindestens Verdoppelung der Störfälle. Denn warum soll ein AKW, das – als es neuer war – schon 400 Störfälle hatte, in den zweiten 30 Jahren weniger haben?

Die Verlängerung der AKW-Laufzeiten ist aber nicht nur eine Kampfansage an die mehrheitlich atomkritische Bevölkerung, sondern behindert auch eine neue Energiepolitik und die Nutzung alternativer Energiequellen. Sie verhindert Zukunftsjobs und würgt die Energiewende regelrecht ab. Schon heute werden Windanlagen abgeschaltet, weil zu viel Atom- und Kohlestrom in den Netzen fließt. Dieser ökologische und wirtschaftliche Unsinn muss aufhören. Durch die Verlängerung der AKW-Laufzeiten drohen auch neuen Energieanbietern und Stadtwerken hohe Verluste, während RWE, Eon, EnBW und Vattenfall Milliarden einfahren.

Am 24. April dieses Jahres haben 120 000 Menschen allein zwischen Brockdorf und Krümmel gezeigt, dass das mit ihnen nicht so einfach zu machen sein wird.

AKW-Laufzeiten verdoppeln? Sind wir denn blöd?



Leserbrief von Wolfgang M.

Vor dem Volksentscheid am 18.07.2010 kommt der Bürgerentscheid

Im Juni !? werden 192.000 Eimsbütteler zum Bürgerentscheid über den Bau des „Hoheluftkontors“ gerufen. Dieses 7-stöckige Bürohaus soll auf dem Gelände zwischen U-Bahnhof Hoheluft-brücke und dem Isebek-Kanal entstehen, einschließlich einer Tiefgarage mit 72 Plätzen. Der bisherige McDonalds soll noch größer werden, das Gelände zum Isebekufer soll neu gestaltet und privatisiert werden, wobei ein öffentlicher Durchgang erhalten bleiben soll.

Dagegen lief ein erfolgreiches Bürgerbegehren. Der Bezirk übernahm hinterlistig das Bürgerbegehren, indem er nun einen „Kompromissvorschlag“ präsentierte mit nur einem Stockwerk weniger!!! Daraufhin gab es ein erneutes erfolgreiches Bürgerbegehren „Für die Respektierung des Bürgerwillens in Eimsbüttel“. Die Kompromisslinie für die Bürger-Ini liegt bei einer Absenkung des Neubaus auf drei Stockwerke bei gleicher Fläche des bestehenden McDonalds-Gebäudes.

Darauf ließ sich der Baudezernent nicht ein und so kommt es im Juni zum Bürgerentscheid.

Was ist nun von alledem zu halten??

1. Zunächst ist anzumerken, dass im Überseequartier der Hafencity Büroflächen gar nicht mehr vermietet werden können und die Stadt jetzt selbst als Mieter – mit hohen Mietkosten – auftreten muss. Wir brauchen Wohnungsbau und keine weiteren Büroflächen.
2. Bauen die Betonköpfe des Bauamts die letzten öffentlichen Frei- und Grünflächen immer weiter zu und ignorieren dabei mit allen Tricks den Bürgerwillen – so geschehen auch bei der Bebauung des Sparbiersportplatzes.
3. Die Isebek-Ini kämpft hier für den Erhalt der Bäume und Grünflächen, von denen wir in Eimsbüttel viel zu wenig haben. Hier stehen die Interessen der Bewohner (wen vertritt das Bezirksamt eigentlich?) gegen die Interessen der Finanzbehörde (Grundstücksverkauf) und die Profitinteressen des Investors.

Stimmen wir also gegen den Bau des „Hoheluftkontors“ und für den Grünzug an der Isebek!

Kommentar aus der "Junge Welt" zu NR-Wahl:

"Und wieder einmal täuscht die Sozialdemokratie links an, um dann massiv nach rechts abzurufen, so, wie sie es schon immer getan hat."

SDAJ Hamburg Wer wir sind und was wir wollen

Die SDAJ Hamburg ist Teil einer bundesweiten Organisation von SchülerInnen, Azubis, Studierenden und jungen ArbeiterInnen, die sich nicht zufrieden geben wollen mit den Zuständen an ihren Schulen und Betrieben, in der BRD und der globalen Ungleichheit. Daher setzen wir uns ein für das Recht auf Ausbildung und Arbeit für alle. Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel akzeptieren wir nicht. Auch in der aktuellen Schulpolitik beziehen wir Stellung: Das gegliederte Schulsystem muss weg. Statt Elitförderung einiger wollen wir eine Schule für alle! Wir beziehen klar Position gegen Rassismus und Faschismus, denn wir lassen uns nicht in Menschen erster und zweiter Klasse spalten. Und wir stellen auch offen die Frage, wer von dieser Spaltung profitiert. Weil wir gegen die Kriegseinsätze der Bundeswehr in aller Welt sind, bekämpfen wir die Werbungsversuche der Militaristen hier vor Ort in Hamburg.

Dabei wissen wir, dass wir für unsere Interessen selbst kämpfen müssen. Unsere Forderungen richten sich gegen die Herrschenden in dieser Gesellschaft, gegen die Kapitalisten. Verwirklichen können wir sie nur in einer Gesellschaft ohne sie – im Sozialismus. Aber dahin kommen wir nur, wenn wir heute schon mit unsere Forderungen ernst machen und uns zusammenschließen. Alleine erreichen wir nichts. Gemeinsam können wir alles erreichen!

Dazu brauchen wir dich – und du uns! Komm doch einfach vorbei, jeden Donnerstag um 19:00 Uhr im MTZ, Lindenallee 72, Hamburg, Eimsbüttel, U-Bahn Christuskirche.

Hamburgs reiche Steuerbetrüger - Pflegefälle des Senats.

Der Hamburger Senat pfeift bekanntlich aus dem letzten Loch, doch aufmerksamen Lesern des Hamburger Abendblatts ist vielleicht der nebenstehende Artikel nicht entgangen. Hunderte Millionen Euro von Hamburger Steuerhinterziehern liegen demnach auf Schweizer Konten. Und noch viel mehr liegen auf der Straße. Nur der Senat ist nicht willens, sich danach zu bücken. Im Gegenteil. Die Schwarz-Grün-Regierung, der im laufenden Haushalt eine halbe Milliarde (500 Millionen Euro) fehlt, weigert sich mit Händen und Füßen, Hamburger ==> Seite 5

Einkommensmillionäre Steuerprüfungen zu unterziehen. Die Folge: 424 Exemplare dieser hier gehäuft auftretenden Spezies schafften mindestens 221 Millionen Euro beiseite. Damit wäre die Haushaltslücke zur Hälfte gedeckt. Aber noch schöner: Diese 221 Millionen Euro sind nur ein Bruchteil der insgesamt verschenkten Steuersumme. Die ganz große Steuerhinterziehung findet bei der Einkommens-, Gewerbe- und Umsatzsteuer statt. Schätzwert bundesweit: 50 bis 100 Milliarden Euro, von denen anteilmässig 1 bis 2 Milliarden aus Hamburg kommen. Warum so ungenau? - werden Sie fragen. Die Antwort: Es wird kaum geprüft! Steuerprüfungen gelten bei den zuständigen Landesregierungen als standortschädigend. Prüfungen schrecken angeblich die Reichen und veranlassen das scheue Reh „Kapital“ zur Flucht in ruhigere Weidegebiete.

Bei einer Erhebung zeigte sich jetzt, dass nur jedem sechsten Einkommensmillionär gelegentlich auf die Finger geguckt wird – obwohl jede Kontrolle zu einer Nachzahlung von durchschnittlich 135 000 Euro führt. Und Betriebe müssen – laut Steuerprüfern -überhaupt nur alle 50 Jahre mit einer Buchprüfung rechnen.

Schlussfolgerungen?

- Haushaltslöcher sind hausgemacht.
- Wer keine Betriebsprüfer und Steuerfahnder einstellt, fördert ganz bewußt Steuerhinterziehung.
- Der straflose Steuerbetrug ist ein Schmiermittel, ohne das der kapitalistische Karren nicht läuft.
- An Geld ist kein Mangel. Es braucht nur nach Gesetz kontrolliert und kassiert werden.
- Kürzungen im Sozial- und Kulturhaushalten, Gebührenerhöhungen dagegen sind völlig überflüssig und wirtschaftlich abträglich, weil Kaufkraft mindernd.
- Die politische Praxis ist völlig illegal - und Bürgermeister Ole von Beust ist angeblich Jurist.



Aygül Özkan
KEINE TOLERANZ

Mit Fleiss und Leistung, sagt Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff, kann in Deutschland sogar eine Muslimin Ministerin werden. Wie großzügig. Verlangt wird allerdings auch die richtige Meinung über die Kreuze in den Schulen. Aygül Özkan, die seit dieser Woche das Hannoveraner Landessozialministerium führt, war bei ihrer Nominierung noch als Beweis für die Integrationsbereitschaft der CDU gefeiert worden. Wie weit die Toleranz der Konservativen in Wahrheit reicht, bekam die 38-jährige Juristin jedoch bald zu spüren: nur ein paar Zentimeter. In der Frage kirchlicher Symbole an staatlichen Schulen musste Özkan erst einknicken, bevor sie nun als Vorbild dienen darf.



Hamburger Schulreform

Pisa beweist: Gemeinsames Lernen und Schulerfolg gehören zusammen.
Das interessiert die Vertreter der reaktionären Initiative „Wir wollen lernen“ wenig.

Die Unbelehrbaren

Diese Leute wollen das bestehende System der Auslese und Karrierezuweisung bei der Wahl des Schulweges beibehalten. Das Gymnasium schon ab der 5.Klasse entspricht ihrer Vorstellung von Vorzug, Konkurrenz, Abschottung und Elite, die sie ihrem bürgerlichen Nachwuchs reservieren möchten. Unbedingt bestehen sie darum auf der bisherigen frühen Selektion nach der 4. Klasse, die Schüler aus vielen Arbeiter- und Angestelltenfamilien“ und sogenannten „bildungsfernen Schichten“ von Anfang an aufs Abstellgleis schiebt. Das alte Schulsystem fördert dabei keineswegs die intelligentesten, bevorteilt aber die eigenen, während das längere gemeinsame Lernen den antrainierten Vorsprung der Schüler aus bürgerlichen und besitzenden Familien aufhebt und Chancengleichheit und gute Startbedingungen fördert. Das wissen auch

die Vertreter der sogenannten „Scheuerl“-Initiative. Daher der mit viel Geld (Unterschriftensammler erhielten 1 Euro pro Unterschrift) und wenig Argumenten vorgetragene Angriff auf die Senatsreform. Diese Reform entspricht allerdings keineswegs den Notwendigkeiten einer modernen, fairen Schule, wie sie die gescheiterte Initiative „Eine Schule für Alle“ anstrebte. Auch die 6-jährige Primarschule wird die Hamburger Schulen bestenfalls um einige Plätze auf den Pisa-Rängen nach vorn bringen. Die andern sind längst weiter. Hamburg rangiert auf den Plätzen 32, 37 und 38 von 46 verglichenen Staaten und Bundesländern. Damit ist es das zweitschlechteste Bundesland – Gymnasien und Scheuerl-Nachwuchs eingeschlossen.



Eine originelle Wahlwerbung der FDP aus besseren Zeiten....

Nicht wenige Deutsche sind wahre Israelversther. Sie sind bereit, der jeweiligen Regierung dieses Staates jede Untat, jeden Vertragsbruch und jede Provokation nachzusehen und auch zu entschuldigen. Dieses Philosemitismus genannte Verhalten erscheint als Kehrseite des Antisemitismus und verbindet sich gewöhnlich mit Feindseligkeit gegen jede Kritik an Israel. Das trifft auch jüdische Kritiker dieser Politik. Wir drucken eine Stellungnahme von Prof. Dr Rolf Verleger aus „Junge Welt“ mit dem Titel

SCHANDFLECK

Rolf Verleger, Vorsitzender der Gruppe „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“, mahnt nach dem israelischen Überfall auf die Gaza-Hilfsflotte am Montag seine Mitstreiter: „Lasst uns daran arbeiten, dass eine positive Dynamik in diese katastrophalen Verhältnisse kommt. Ein Ansteigen von Antisemitismus kann nur verhindert werden, wenn für jedermann klar wird, dass es eine jüdische Opposition gegen die Ungeheuerlichkeiten gibt, die da aus Israels Irrweg erwachsen.“ An Bundeskanzlerin Angela Merkel richtete das frühere Direktoriumsmitglied des Zentralrats der Juden folgendes Schreiben:

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, vor knapp zwei Jahren sagte mir ein Kollege, Psychologieprofessor aus Jerusalem, er sei sein ganzes Leben lang „links“ gewesen, aber nun habe er die Nase voll. Er sei zu dieser Schlussfolgerung gekommen: Wenn Israel seine Ruhe nur dadurch haben könne, dass alles Leben in einer 15-Meilen-Zone um Israels Grenzen ausgelöscht würde, dann solle Israel dies tun. Dasselbe – in etwas schlichterer Form („Tod allen Arabern“) – musste sich vor einem Jahr meine Tochter anhören, als sie in Tel Aviv mit israelischen Bekannten von der Disko nach Hause fuhr.

Frau Dr. Merkel, die israelische Regierung lässt sich offen von solchen faschistischen Grundströmungen leiten: Demokratie ist nur etwas für Juden, das Privileg, Opfer zu sein, ist nur etwas für Juden – alle anderen sind fundamentalistische Schurken, die es nicht besser verdient haben.

Diese nationale Blindheit lässt Israel vor offenen Verbrechen nicht zurückschrecken: Vor einem Jahr 1.400 Einwohner Gazas umbringen – „alles Feinde Israels“; heute ein Schiff außerhalb israelischer Gewässer entern und die Besatzung massakrieren – „alles Antisemiten“.

Die jüdische Heimstätte sollte einmal ein Licht der Toleranz für alle Nationen Europas werden. Was ist daraus geworden?

Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben in den letzten Jahren freundlich zugesehen, wie sich der aus der Heimstätte entstandene Staat zu einem Schandfleck entwickelt hat, zu einem Schandfleck für sich selbst, zu einem Schandfleck für uns Juden, zu einem Schandfleck für die ihn unterstützenden Nationen des „Westens“. Das ist entsetzlich, und Sie, als gute Freundin Israels, haben nichts dagegen getan.

Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, glauben Sie wirklich, Sie würden Hitlers Verbrechen dadurch lindern, dass Sie heute zusehen, wie Israel zum faschistischen Rüpel degeneriert?

Stellen Sie sich den EU-Staaten nicht länger in den Weg, die begriffen haben, dass eine gerechte Lösung im Nahen Osten heute nur zu erzielen ist, wenn Israel die Regeln der Völkergemeinschaft akzeptiert. Beenden Sie endlich den Boykott der rechtmäßig gewählten Hamas-Administration!

Hochachtungsvoll
Prof. Dr. Rolf Verleger

"Nur eine Regierung, die alle roten Linien überschritten hat" könne so ein "verrücktes Verbrechen" begehen, hieß es in einer Stellungnahme des israelischen Friedensaktivisten und früheren Knessetabgeordneten, Uri Avnery. Die israelische Regierung habe "jeden Bezug zur Realität verloren", wenn sie "Schiffe mit Hilfsgütern und Friedensaktivisten aus aller Welt als Feinde betrachtet, mit einer großen Streitmacht in internationalen Gewässern angreift und gezielt tötet".

Karin Leukefeld

Wie ich es sehe:

**Horst Köhler oder das Verschwinden
einer mittelmäßigen Figur.**

Schwer lastet die DDR auf den Gemütern der Überlebenden. Bis gestern gellten nachts Schreie durchs Schloss Bellevue: Horst Köhler träumte wieder von Ostpanzern. Zum 20. Jahrestag der Montagsdemonstrationen erklärte er vor ein paar Monaten seine Gesichter zur Realität von 1989 und erzählte den Leipzigern, damals seien Panzer dort gewesen, wo sie keine gesehen hatten. In den Krankenhäusern der Stadt seien heimlich Blutreserven konzentriert worden. So geschickt, dass die jetzt befragten Chefarzte nie Wind davon bekamen.

Bei Köhler führte die DDR-bedingte Persönlichkeitsveränderung (er lebte als Kind in der Zone) unglücklicherweise dazu, dass er die Wahrheit über bundesdeutsche Kriege sagte. Das aber machte die Afghanistan-Strategen bei SPD und Grünen nervös. Sie gaben ihn der CDU zum Ab-schuss frei. Aber sein Rücktritt macht Köhler nicht zur tragischen Figur, er zeigt nur das Scheitern eines Systems.

Köhler verantwortete als Staatssekretär die Währungsunion mit der DDR. Sie wirkte als Massenvernichtungswaffe bei der Zerstörung von Millionen Arbeitsplätzen in der DDR und machte deren Anschluss an den Bonner Staat lange vor dem 3. Oktober unumkehrbar. „Blut muss fließen“ verkündete Köhler, als Kohl im Dezember 90 gewählt war und der Spitzenbeamte die Treuhand von der Leine ließ. Entsprechendes gilt für Köhlers Einsatz bei der Freisetzung des Brutal-

Kapitalismus (wahlweise auch finanzmarktgetrieben oder Heuschreckenkapitalismus genannt). Was er damals förderte, nennt er jetzt „Monster“. Ich sage es darum mal so: Horst Köhler teilt das Schicksal aller Handlanger. Wer Verschleißerscheinungen zeigt, wird ausgewechselt. Basta!

Jürgen Hasselbach**Termine**

Alle Termine im MTZ
Eimsbüttel Lindenallee 72
U-Bahn Christuskirche

Montag, den 05.07. 2010 um 19 Uhr
Gruppenabend der DKP HH-West
Vorbereitung des 19. Parteitags

Montag, den 19. 07. 2010 um 19 Uhr
Gruppenabend der DKP HH-West
Aktuelles Thema

Samstag, den 07.08.2010
Fortsetzung der **Bezirksmitglieder-**
versammlung der DKP-Hamburg

SDAJ

jeden Donnerstag um 19 Uhr



"Unser Schiff zieht weiter seine stolze Bahn"

Karl Liebknecht

Wir trauern um
Heinz Laufer
(1926 - 2010)

Heinz Laufer, aus einer Schwenninger Arbeiterfamilie stammend, wurde zunächst als Spitzensportler berühmt (8 x dt. Meister auf Mittelstrecken und 4. Platz bei der Olympiade in Melbourne 1956). 1968 wurde er in den Stuttgarter Gemeinderat gewählt, in dem er 7 Jahre für die DKP Kommunalpolitik mitgestaltete. Auch als Stuttgarter Kreisvorsitzender der DKP, als langjähriger Mitarbeiter des Sportpolitischen Arbeitskreises der PV und in weiteren Funktionen leistete er seinen Beitrag für das Ziel, den Kapitalismus zu überwinden und eine sozialistische Welt zu erringen. Wir werden ihn in fester Erinnerung behalten.

DKP Kreis Stuttgart